

# „Ein neuer Beweis ‚deutscher Barbarei‘“ Albert Einstein über die Ausweisung osteuropäischer Juden

Julia Schneider

Am 30. Dezember 1919 erschien in der Morgenausgabe des Berliner Tageblatts ein Artikel des gerade zu Weltruhm gekommenen Physikers Albert Einstein (1879-1955), der in seinen Aussagen unmittelbar an die schwelende „Ostjuden-debatte“ in Parlamenten und Gesellschaft anknüpfte.<sup>1</sup> Obwohl Einstein Zeit seines Lebens jegliche Parteizugehörigkeit ablehnen sollte, lässt seine publizistisch-politische Aktivität dennoch einen klaren Einblick in seine Gedanken- und Meinungswelt zu.<sup>2</sup> Der Eindruck des Ersten Weltkriegs, obwohl er ihn nicht als Soldat erlebte, sondern zur Relativitätstheorie forschend verbrachte,<sup>3</sup> hatte ihn zum erklärten Pazifisten gemacht.<sup>4</sup> Gewalt gegen Politiker des linken Spektrums sowie der erstarkende Antisemitismus wurden von Einstein früh als konservativ-völkische Reaktion auf die Novemberrevolution und die Gründung der Weimarer Republik wahrgenommen.<sup>5</sup> Auch er selbst wurde wiederholt zum Ziel antisemitischer Anfeindungen.<sup>6</sup> Seine anfängliche Skepsis oder gar Ablehnung

- 1 Christian Dirks erläutert hierzu: „Ein Kulminationspunkt seines neuen jüdischen Bewusstseins war Einsteins öffentliches Eintreten für die Interessen der ostjüdischen Minderheit in Berlin.“, Dirks, Christian: *Anwalt der Sündenböcke: Albert Einstein und sein Engagement für die Ostjuden*, in: *Albert Einstein. Ingenieur des Universums. Hundert Autoren für Einstein*, hrsg. v. Jürgen Renn, Weinheim 2005, S. 308-313; 308.
- 2 Vgl. Grundmann, Siegfried: *Einsteins Akte. Wissenschaft und Politik – Einsteins Berliner Zeit*, Berlin/Heidelberg 22004, S. 149.
- 3 Vgl. ebd., S. 76.
- 4 Vgl. Rosenkranz, Ze'ev: *Albert Einstein und die deutsche zionistische Bewegung*, in: *Albert Einstein. Ingenieur des Universums. Hundert Autoren für Einstein*, hrsg. v. Jürgen Renn, Weinheim 2005, S. 302-307; 302f.
- 5 Vgl. Grundmann: *Einsteins Akte*, S. 149.
- 6 Diese Erkenntnis Einsteins lässt sich einer treffenden Selbstbeschreibung entnehmen, die als Antwort auf die Aktivitäten einer gegen ihn und die Relativitätstheorie gerichteten Vereinigung im Berliner Tageblatt formuliert wurde: „Unter dem anspruchsvollen Namen ‚Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher‘ hat sich eine bunte Gesellschaft zusammengetan, deren vorläufiger Daseinszweck es ist, die Relativitätstheorie und mich als deren Urheber in den Augen der Nichtphysiker herabzusetzen. [...] [I]ch habe guten Grund zu glauben, dass andere Motive als das Streben nach Wahrheit diesem Unternehmen zugrunde liegen. (Wäre ich Deutschnationaler mit oder ohne Hakenkreuz statt Jude von freiheitlicher, internationaler Gesinnung ...)“ Einstein, Albert: *Meine Antwort. Ueber die anti-relativitätstheoretische G.m.b.H.*, in: *Berliner Tageblatt vom 27.8.1920*.

dem Zionismus gegenüber schlug im Übergang zu den 1920er Jahren rasch in aktives Engagement für die zionistische Bewegung um.<sup>7</sup>

Die Botschaft seines Artikels „Die Zuwanderung aus dem Osten“ entstanden als Appell an die Menschlichkeit, mit der man den Geflüchteten zu begegnen habe und als deutliche Absage an die völkische Hetze, welche die denunzierenden Aussagen über osteuropäische Juden zu verantworten hätte.<sup>8</sup>

Kursierenden Gerüchten setze er sachlich fundierte Argumente entgegen, um Vorurteilen und Stereotypen entgegenzuwirken. Tatsächlich existenten Problemen wie beispielsweise der potentiellen wirtschaftlichen Belastung oder der Möglichkeit wachsender Kriminalität durch größere Mengen an Geflüchteten begegnete Einstein mit scharfer Kritik an der deutschen Ausländerpolitik.<sup>9</sup> Am eindringlichsten wirken jedoch die Schlussworte Einsteins, die nicht völkische Demagogen oder gegenwärtige politische Entscheidungen kritisierten, sondern eine Gesellschaft anprangerten, deren Mitglieder es verlernt hätten als verantwortliche und mitfühlende Menschen zu handeln und somit zusätzlich Deutschlands internationales Fortkommen gefährdeten.<sup>10</sup>

Albert Einsteins „Die Zuwanderung aus dem Osten“ gilt für den Historiker Christian Dirks als Erwiderung auf den eine Woche zuvor am 23. November 1919 im Berliner Tageblatt abgedruckten Artikel „Die Zuwanderung aus dem Osten. Die Russen in Berlin“.<sup>11</sup> Alleine die sprachliche Deckung der Titel dürfte Aufschluss darüber geben, dass ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen diesen beiden Artikeln besteht. Einsteins Worte stellten aber wohl weniger eine Replik dar, sondern bildeten vielmehr eine deutliche Erweiterung der vorgebrachten Argumentationsansätze. Der erste Artikel, der ohne Autorenuordnung, aber von „unterrichteter Seite“<sup>12</sup> zugesandt erschien, relativierte ebenfalls vorurteilsbehaftete Halbwahrheiten, die in populistischer Absicht „im Volke künstlich verbreitet werden“<sup>13</sup>. Zudem wurden Gründe für Flucht und Asylgesuche benannt und in diesem Zusammenhang auch Kritik an deutschen Aktivitäten im Krieg und der derzeitigen Regierungspolitik geübt.<sup>14</sup> Zugleich scheint der Artikel jedoch streckenweise vor allem sprachlich tendenziös und entgegenkommend gegenüber konservativen Meinungsbildern zu sein. Den Berliner Russen wurde zwar beispielsweise attestiert zumeist „deutschstämmig“ zu sein, sprachlich jedoch in alarmierender Weise darauf verwiesen, dass diese „jetzt in großen Scharen die

7 Vgl. Rosenkranz: Albert Einstein, S. 302.

8 Vgl. Einstein, Albert: Die Zuwanderung aus dem Osten, in: Berliner Tageblatt vom 30.12.1919.

9 Vgl. ebd.

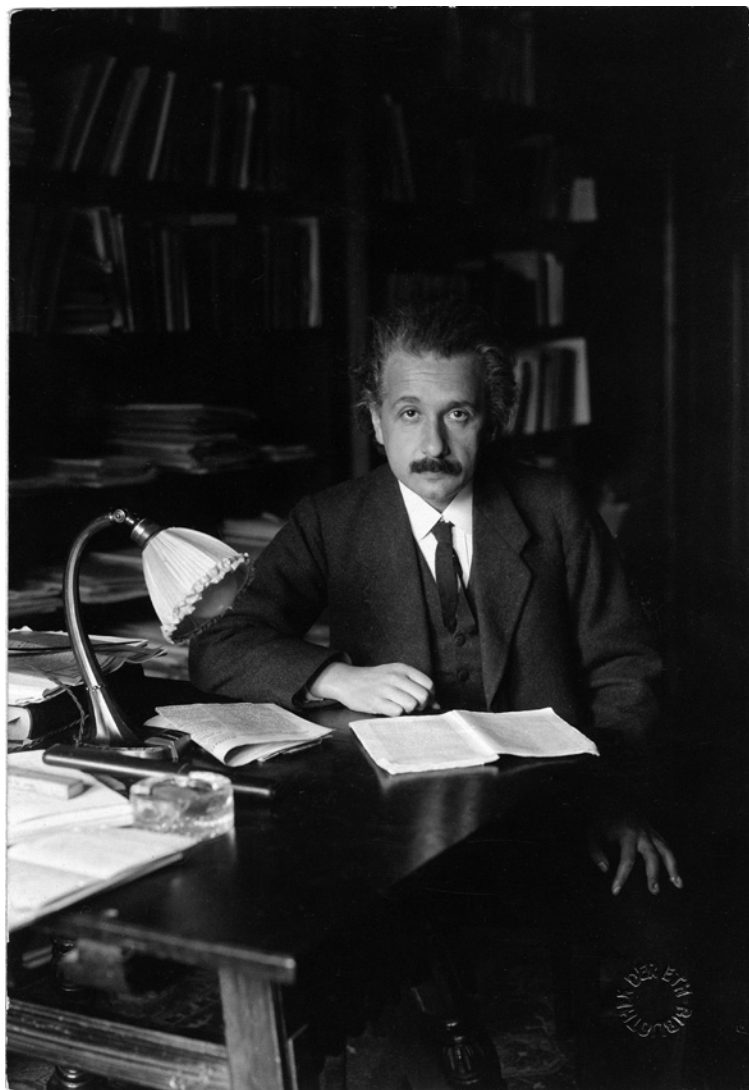
10 Vgl. ebd.

11 Vgl. Dirks: Anwalt der Sündenböcke, S. 311.

12 Die Zuwanderung aus dem Osten. Die Russen in Berlin, in: Berliner Tageblatt vom 23.12.1919.

13 Ebd.

14 Vgl. ebd.



Albert Einstein in seinem Büro an der  
Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, 1920,  
veröffentlicht in den USA

deutschen Großstädte überfluten“ und letztlich lapidar ausgedrückt, dass man gegenwärtig „in irgendeiner Weise mit der gegebenen Tatsache der vorhandenen Ostjuden sich abzufinden“ habe.<sup>15</sup> Es überrascht, dass eben dieser Artikel vom 23. Dezember in der reformjüdischen Allgemeinen Zeitung des Judentums, der späteren Central-Verein-Zeitung, seinen unkommentierten Abdruck gefunden hat<sup>16</sup>, während dies dem Artikel Einsteins nicht zugestanden wurde. Das zionistische Blatt Jüdische Rundschau hingegen reagierte zeitnah auf die Worte des Physikers. In „Um die Ostjuden“ wurden zunächst die Kernaussagen Einsteins paraphrasiert und seine Aussagen deutlich begrüßt. Stärker wog für die Jüdische Rundschau jedoch die Tatsache, dass eine deutsche Tageszeitung wie das Berliner Tageblatt einen solch kritischen Appell abgedruckt und sogar mit einer redaktionellen Note versehen hatte<sup>17</sup>, die ausführt, man würde „seine [Albert Einsteins] Ansicht über eine Ausweisung der schon eingewanderten armen Ostjuden teilen.“<sup>18</sup> In Der Israelit findet sich zum 15. Januar 1920 ein Artikel, der namentlich zwar an keiner Stelle auf Einstein Bezug nimmt, aber durch die Titelgabe einen eindeutigen Bezugspunkt liefert. Die orthodoxe Zeitung zeichnete ein gänzlich anderes Bild innerjüdischer Parteinahme als dasjenige, das der Physiker entworfen hatte. Während es für Albert Einstein eine Frage der Menschlichkeit war, sich der osteuropäischen Juden anzunehmen, argumentierte Der Israelit mit der Einhaltung religiöser Gebote, die eine ablehnende Haltung ausschließen würden, selbst wenn die Einwanderung der Glaubensbrüder und -schwestern aus dem Osten nicht im eigenen Interesse sei: Es sei „jüdische Art, nicht nach dem eigenen Interesse zu fragen, wo Leben und Glück unschuldiger verfolgter Menschenbrüder auf dem Spiele stehn“ und unter Verweis auf die alttestamentarisch gebotene Nächstenliebe sei „alle Politik des nationalen Egoismus als unsittliche Barbarei [zu] verurteilen.“<sup>19</sup>

Die Abwehrblätter des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus nahmen am 10. Januarebenfalls auf „Die Zuwanderung aus dem Osten“ Bezug. Ähnlich der Jüdischen Rundschau, wenn auch in größerer Ausführlichkeit, wurden die Kernaussagen des Artikels wiedergegeben, uneingeschränkt unterstützt und darüber hinaus das politische wie soziale Engagement Einsteins hervorgehoben:

„Der Sache der Ostjuden ist nun ein tapferer und unerschrockener Vorkämpfer in der Person des Professors Dr. Albert Einstein erstanden [...]. Es ergänzt das Charakterbild des großen Gelehrten in der denkbar vorteilhaftesten Weise, daß

15 Ebd.

16 „Die Woche. Dem Berliner Tageblatt (Ausgabe B, Nummer 281) entnehmen wir folgenden Artikel“ Allgemeine Zeitung des Judentums vom 2.1.1920.

17 Um die Ostjuden, in: Jüdische Rundschau vom 6.1.1920.

18 Die Redaktion zu Einstein, Albert: Die Zuwanderung aus dem Osten, in: Berliner Tageblatt vom 30.12.1919. Des Weiteren war der Artikel der Jüdischen Rundschau eine Absage an das konservativ-völkische Presseecho, das die Aussagen Einsteins nach sich gezogen hatten.

19 Die Einwanderung aus dem Osten, in: Der Israelit vom 15.1.1920.

er sich auf der Höhe seines Ruhmes keineswegs erhaben über die misera plebs fühlt, sondern daß er sich gerade der unglücklichen Klasse seiner Glaubensgenossen annimmt.<sup>20</sup>

Die Aussagen des Physikers wurden neben denen weiterer Persönlichkeiten als Stütze des Artikels „Die Hetze gegen die Ostjuden“ herangezogen, um die sachliche Entkräftung antisemitischer Argumentationsmuster und antijüdischer Vorurteile sowie die Demaskierung judenfeindlicher Agitation und Propaganda zu untermauern.

Der Artikel im Berliner Tageblatt stellte nicht Einsteins einziges Engagement für osteuropäische Juden in der Weimarer Republik dar. Insbesondere die Situation jüdischer Studierender aus Osteuropa bewegte ihn in seiner Rolle als Universitätsdozent.<sup>21</sup> In der Forschungsliteratur wird zudem eine enge Verbindung zwischen Einsteins wachsendem Engagement für die zionistische Bewegung und dem Eintreten für „Ostjuden“ hergestellt. Ein jüdischer Staat sollte in seinen Augen auch eine neue Bildungs- und Heimstätte für die verfolgten osteuropäischen Juden werden.<sup>22</sup>

Einstein, der seit 1901 auch die schweizerische Staatsbürgerschaft besaß,<sup>23</sup> wurde 1934 von den deutschen Behörden die preußische Staatsbürgerschaft aberkannt. Der Physiker hatte seit dem Vorjahr als Reaktion auf die nationalsozialistische Machtübernahme eigenständig versucht, seine Ausbürgerung zu erwirken,<sup>24</sup> nachdem er zudem aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften ausgetreten war, um dem Ausschluss zuvorzukommen.<sup>25</sup> Bis zu seinem Tod lebte der emigrierte Einstein in den USA.

Albert Einsteins Artikel dürfte als Publikation in einer deutschen Tageszeitung eine deutlich größere Leserschaft erreicht haben als vergleichbare Stellungnahmen in jüdischen Zeitungen. Darüber hinaus sind die Worte des Physikers von einer Allgemeingültigkeit, die über eine innerjüdische Solidarität oder religiös gebotene Nächstenliebe hinausgeht. Es ging Einstein nicht darum, sich als deutscher Jude der osteuropäischen Flüchtlinge anzunehmen, sondern als Mensch Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen.

20 Die Hetze gegen die Ostjuden, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Abwehrblätter) vom 10.1.1920.

21 Vgl. Rosenkranz: Albert Einstein, S. 302.

22 Vgl. Dirks: Anwalt der Sündenböcke, S. 313.

23 Vgl. Grundmann: Einsteins Akte, S. 272 u. 277.

24 Vgl. ebd., S. 457.

25 Vgl. ebd., S. 442.

## Quellen

### Die Zuwanderung aus dem Osten von Universitätsprofessor Dr. Albert Einstein Berliner Tageblatt, 30.12.1919

*Wir geben den nachstehenden Ausführungen des hervorragenden Gelehrten gern Raum und möchten dazu bemerken, daß wir seine Ansicht über eine Ausweisung der schon eingewanderten armen Ostjuden teilen. Ob für die Zukunft eine Beschränkung der Einwanderung möglich sein wird, ist eine andere Frage – eine solche gesetzliche Vorkehrung müßte aber in jedem Falle immer allgemein gehalten werden und sich nicht nur gegen bestimmte Religionsgenossenschaften und Kreise richten.*

*Die Redaktion*

In der deutschen Oeffentlichkeit mehrten sich die Stimmen, die gesetzliche Maßnahmen gegen die Ostjuden verlangen. Man behauptet, 70 000 Russen, d.h. Ostjuden, leben allein in Berlin; diese Ostjuden seien Schieber, Schleichhändler, Bolschewisten, oder aber arbeitsscheue Elemente. All diese Argumente zielen darauf hin, schärfste Maßnahmen, d.h. Zusammenpferchung in Konzentrationslagern oder Auswanderung aller Zugewanderten zu erzwingen.

Eine so viele Existenzen vernichtende Maßregel darf nicht aufgrund schlagwortmäßiger Behauptungen erfolgen, um so weniger, als eine sachliche Nachprüfung ergibt, daß es sich um demagogische Agitation handelt, die weder dem wahren Sachverhalt gerecht wird, noch auch geeignet ist, tatsächlich vorhandene Schäden wirksam zu bekämpfen. Gerade bei der Agitation gegen Ostjuden liegt von vornherein die Vermutung sehr nahe, daß das russische Urteil durch die starken antisemitischen Instinkte getrübt und gleichzeitig auch die Methode gewählt wird, durch Einwirkung auf die Stimmung des Volkes die Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Problemen und von den wahren Ursachen der allgemeinen Notlage abzulenken.

Eine Nachprüfung, die, soviel bekannt geworden, von den amtlichen Stellen noch niemals versucht worden ist, würde zweifellos die Hinfälligkeit der vorgebrachten Beschuldigungen beweisen. Wohl mag es richtig sein, daß in Berlin 70 000 Russen wohnen, von ihnen bilden jedoch nach den Angaben sachverständiger Beurteiler die Juden nur einen geringen Bruchteil, die überwiegende Mehrheit ist deutscher Abstammung. Seit dem Friedensschluß sind nach maßgebender Schätzung nicht mehr als 15 000 Juden aus dem Osten zugewandert.

Diese sind fast ausnahmslos durch die furchtbaren Zustände in Polen zur Flucht gezwungen worden und wollen hier eine Zufluchtsstätte finden, bis ihnen die Möglichkeit zur Weiterwanderung gegeben wird. Hoffentlich werden viele von ihnen in dem neu entstehenden jüdischen Palästina als freie Söhne des jüdischen Volkes eine wahre Heimat finden.

Bolschewistische Agenten dürfte es wohl in Deutschland geben, diese haben aber zweifellos ausländische Pässe, verfügen über reiche Geldmittel und können durch irgendwelche organisatorischen Maßnahmen nicht erfaßt werden. Die großen Schieber unter den Ostjuden haben sicher auch längst Vorkehrungen getroffen, die sie behördlichen Zugriffen entziehen. Getroffen würden ausschließlich jene Armen und Unglücklichen, die in den letzten Monaten unter unmenschlichen Entbehrungen den Weg nach Deutschland gefunden haben und hier Arbeit suchen. Nur diese, der deutschen Volkswirtschaft sicher unschädlichen Elemente werden die Konzentrationslager füllen und dort körperlich und seelisch verkommen. Dann wird man sich über die selbst gezüchteten „parasitären Existenzen“ beklagen, die es verlernen, in einem normalen Wirtschaftsleben ihren Platz auszufüllen. Die verkehrte Politik, Tausende zwangsweise während des Krieges nach Deutschland gebrachte ostjüdische Arbeiter plötzlich zu entlassen und dadurch brotlos zu machen und sie systematisch von Arbeitsgelegenheiten fernzuhalten, mußte tatsächlich Menschen, die nicht mit ihrer Familie verhungern wollten, zum Schleichhandel zwingen. Auch dem deutschen Wirtschaftsleben wird sicherlich damit am besten gedient, daß die Oeffentlichkeit die Bemühungen jener Kreise unterstützt, welche es sich (wie zum Beispiel das schon öfters genannte „jüdische Arbeitsamt“) zum Ziel gesetzt haben, die ostjüdischen Einwanderer produktiver Arbeit zuzuführen. Jede „Ausweisungsverfügung“, die jetzt so stürmisch verlangt wird, hätte nur die Wirkung, daß die schlechten und schädlichen Elemente im Lande bleiben, dagegen die arbeitswilligen ins bitterste Elend und zur Verzweiflung getrieben werden.

Das Gewissen der Oeffentlichkeit ist gegen die Mahnungen zur Menschlichkeit so abgestumpft, daß sie das entsetzliche Unrecht, auf das hier hingearbeitet wird, nicht mehr unmittelbar empfindet. Ich unterlasse es, darauf näher einzugehen. Aber befremdend ist es, daß selbst führende Politiker nicht überlegen, wie schwer durch die von ihnen gewünschte Behandlung der Ostjuden die politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands beeinflusst wird. Hat man schon vergessen, wie die Deportierung belgischer Arbeiter den moralischen Kredit Deutschlands untergraben hat? Und heute ist Deutschlands Lage unvergleichlich kritischer. Trotz aller Bemühungen ist es überaus schwierig, die unterbrochenen internationalen Beziehungen wiederherzustellen; wenige geistige Menschen in allen Völkern machen erste Versuche; die Hoffnungen auf neue wirtschaftliche Verbindungen (z.B. die materielle Hilfe Amerikas) ist heute noch sehr schwach. Die Austreibung der Ostjuden, welche namenloses Elend zur Folge hätte, würde

alle Welt als ein neuer Beweis „deutscher Barbarei“ erscheinen und einen Anlaß bieten, im Rahmen der Menschlichkeit den Wiederaufbau Deutschlands zu erschweren.

Die Gesundung Deutschlands kann wahrlich nicht durch Anwendung von Gewalt gegen einen kleinen, wehrlosen Bruchteil der Bevölkerung herbeigeführt werden.